

742 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XVII. GP

Bericht

des Außenpolitischen Ausschusses

über den Antrag [188/A (E)] der Abgeordneten Dr. Gugerbauer, Dr. Preiß, Steinbauer und Genossen betreffend Maßnahmen der Bundesregierung zugunsten der bedrohten Minderheiten in Rumänien

Die Abgeordneten Dr. Gugerbauer, Dr. Preiß, Steinbauer, Dr. Haider, Hintermayer, Dr. Ermacora und Genossen haben in der Sitzung des Nationalrates vom 6. Juli 1988 diesen Antrag eingebracht, der dem Außenpolitischen Ausschuss zugewiesen wurde.

Der gegenständliche selbständige Antrag schlägt die Fassung einer Entschließung durch den Nationalrat vor, durch die die Bundesregierung ersucht wird, die Summe der in Österreich aufgebrachten privaten Spenden für die deutschsprachige Minderheit in Rumänien zu verdoppeln und für eine koordinierte und kontrollierte Verwendung dieser Mittel zu sorgen sowie geeignete Initiativen bei den Vereinten Nationen zu ergreifen, um die von der Zerstörung bedrohten Kunst- und Baudenkmäler unter den Schutz der UNESCO zu stellen.

Dem Antrag liegen folgende Erwägungen zugrunde:

„Die drohende Vernichtung mehrerer tausend Ortschaften in Rumänien, vor allem im Siedlungsgebiet der deutschsprachigen und ungarischsprachigen Minderheit, stellt nicht nur eine akute Gefährdung der Identität dieser Minderheit dar, sondern bedeutet darüber hinaus auch einen nicht wieder gutzumachenden Verlust an einmaliger historischer Kultursubstanz in Europa.

Die Minderheiten in Rumänien werden aber nicht nur durch menschenrechtswidrige Vorgänge und Tendenzen akut bedroht, sondern haben auch unter den katastrophalen wirtschaftlichen Umständen zu leiden.

Neben der geschichtlichen Verbundenheit zwischen Österreich und der deutschsprachigen Min-

derheit in Rumänien bestehen auch noch zahlreiche familiäre Beziehungen. Daher bemüht sich eine Anzahl privater Gruppen verstärkt um Spenden für Hilfssendungen an die Minderheitsangehörigen.

Die österreichische Bundesregierung hat auch in der Vergangenheit in berechtigten Fällen private Spenden, die an notleidende Völker und Bevölkerungsgruppen in aller Welt gehen, verdoppelt.“

Der Außenpolitische Ausschuss hat den gegenständlichen Entschließungsantrag in seiner Sitzung am 12. Oktober 1988 in Verhandlung gezogen.

Im Ausschuss fungierte Abgeordneter Dr. Gugerbauer als Berichterstatter; die Abgeordneten Steinbauer, Freda Meissner-Blau, Mag. Dr. Höchtl, Dr. Blenk, Schieder, Dr. Khol, Dr. Gugerbauer sowie der Ausschussobmann Dr. Jankowitsch und der Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten Vizekanzler Dr. Mock ergriffen in der Debatte das Wort.

Von der Abgeordneten Freda Meissner-Blau sowie von den Abgeordneten Dr. Jankowitsch und Steinbauer wurde je ein Abänderungsantrag zum Entschließungsantrag gestellt.

Bei der Abstimmung wurde der Entschließungsantrag in der Fassung des Abänderungsantrages der Abgeordneten Dr. Jankowitsch und Steinbauer teils einstimmig, teils mit Mehrheit angenommen; der Abänderungsantrag der Abgeordneten Freda Meissner-Blau erhielt keine Mehrheit im Ausschuss.

Zum Berichterstatter für den Nationalrat wurde Abgeordneter Pfeifer gewählt.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt der Außenpolitische Ausschuss somit den Antrag, der Nationalrat wolle die begedruckte Entschließung annehmen. %

Wien, 1988 10 12

Pfeifer
Berichterstatte

Dr. Jankowitsch
Obmann

%

EntschlieÙung

Die Bundesregierung wird ersucht,

1. die Summe der in Österreich aufgebraachten privaten Spenden für die Minderheiten in Rumänien bis zu einem Betrag von 5 Millionen Schilling zu verdoppeln und für eine koordinierte und kontrollierte Verwendung dieser Mittel zu sorgen;
2. geeignete Initiativen bei den Vereinten Nationen zu ergreifen, um die von der Zerstörung bedrohten Kunst- und Baudenkmäler unter den Schutz der UNESCO zu stellen;
3. ihre Bemühungen fortzusetzen und weiterhin alle Maßnahmen zu ergreifen, um den Rechten der deutschsprachigen, ungarischen und serbischen Minderheiten in Rumänien auf der Grundlage der Satzung der Vereinten Nationen, der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, der Pakte über bürgerliche und politische Rechte sowie im Rahmen des KSZE-Prozesses zum Durchbruch zu verhelfen.